

Verordnung
über die Erhaltung der Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaft (LKV)
vom 05.11.1997 (Stand 01.01.2019)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
gestützt auf Artikel 41, 44, 45 und 51 des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom 16. Juni 1997 (KLwG)¹⁾,
auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion, *
beschliesst:

1 Gegenstand

Art. 1

¹ Diese Verordnung enthält die Ausführungsvorschriften zum KLwG im Bereich Erhaltung der Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaft.

2 Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen *

Art. 2 * Grundsatz

¹ Das Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) unterhält eine Fachstelle Bodenschutz.

² Die Fachstelle

- a überwacht und beurteilt den Boden im Sinne der eidgenössischen Verordnung vom 1. Juli 1998 über Belastungen des Bodens (VBBo)²⁾,
- b trifft die erforderlichen Vorsorgemassnahmen,
- c erstellt periodisch einen Bericht über den Zustand des Berner Bodens und die Massnahmen zu dessen nachhaltiger Nutzung.

Art. 2a * Förderung der nachhaltigen Ressourcennutzung *

¹ Die Fachstelle Bodenschutz oder im Bereich des Pflanzenschutzes die Fachstelle Pflanzenschutz (Art. 21 Abs. 1) kann Projekte zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Nutzung natürlicher Ressourcen durch finanzielle Beiträge fördern. *

¹⁾ BSG 910.1

²⁾ SR 814.12

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
97-111

² Sie kann sich vertraglich verpflichten, Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern während einer bestimmten Vertragsdauer Förderbeiträge zu entrichten sowie die Kosten für die Vornahme der erforderlichen Kontrollen durch Dritte abzugelten.

³ Die Förderbeiträge betragen je Massnahme und Jahr höchstens 600 Franken pro Hektare. Der Ansatz wird um die Beiträge gekürzt, die der Bund gegebenenfalls für die gleichen Massnahmen auf derselben Fläche gleichzeitig ausrichtet.

⁴ Der Abschluss von Verträgen, mit denen sich die Fachstelle Bodenschutz zur Entrichtung von Förderbeiträgen verpflichtet, erfolgt nach den Vorsorgeprioritäten, die sich aus der Überwachung und Beurteilung des Bodens durch die Fachstelle Bodenschutz ergeben. *

Art. 2b *Auszahlung

¹ Das LANAT richtet die Beiträge im Rahmen der genehmigten Kredite aus. *

² Reichen die genehmigten Kredite nicht aus, werden zunächst jene Beiträge ausbezahlt, die Flächen betreffen, für die bereits vertragliche Verpflichtungen bestehen. Danach werden vorab die Beiträge für die kostenintensivsten Massnahmen gekürzt oder aufgehoben. *

³ Muss bei der Ausrichtung der Beiträge unter den neu angemeldeten Flächen ausgewählt werden, sind die mit Bundesbeiträgen geförderten Flächen zu bevorzugen, soweit die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen eine Voraussetzung zur Auslösung von Bundesbeiträgen darstellt. *

3 ... *

Art. 3–11 * ...

4 Förderung der Biodiversität und der Landschaftsqualität *

4.1 Vernetzungsbeiträge *

Art. 12 * Grundsatz

¹ Der Kanton kann Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter von Biodiversitätsförderflächen und -objekten, die in einem genehmigten Vernetzungsprojekt als beitragsberechtigtes Element dargestellt oder beschrieben sind, mit Beiträgen unterstützen, soweit diese eine Voraussetzung zur Auslösung von Bundesbeiträgen gemäss [Artikel 61](#) der eidgenössischen Verordnung vom 23. Oktober 2013 über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft (Direktzahlungsverordnung, DZV)³⁾ sind. *

² Die Beiträge werden nur an Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter ausgerichtet, die Anspruch auf Biodiversitätsbeiträge nach der DZV haben. *

Art. 13 * Beitragsberechtigte Flächen und Objekte

¹ Beitragsberechtigt sind Biodiversitätsförderflächen und -objekte im Sinne von [Artikel 62 Absatz 1 DZV](#)⁴⁾, sofern sie *

- a der landwirtschaftlichen Nutzfläche angehören,
- b nach den Vorgaben eines genehmigten Vernetzungsprojektes angelegt und bewirtschaftet werden,
- c–d * ...
- e nicht in der Bauzone liegen,
- f * bei der Agrardatenerhebung des laufenden Jahres als Biodiversitätsförderflächen oder -objekte angemeldet worden sind.

Art. 14 * Vernetzungsprojekt

1. Begriff und Inhalt

¹ Ein Vernetzungsprojekt ist ein Vorhaben, das in einem bestimmten Projektperimeter die zielorientierte räumliche Verbindung und Bewirtschaftung von Biodiversitätsförderflächen und -objekten gemäss der DZV festlegt. *

2–4 ... *

Art. 15 * 2. Weisungen *

1–2 ... *

³⁾ SR 910.13

⁴⁾ SR 910.13

³ Das LANAT kann verwaltungsinterne Weisungen zum Vollzug der Mindestanforderungen an die Vernetzung erlassen. *

Art. 15a * *3. Trägerschaft*

¹ Das LANAT ist Träger der Vernetzungsprojekte. Es erarbeitet die Vernetzungsprojekte partnerschaftlich und unter Einbezug der Regionalen Koordinationsstellen (RKS). *

² Die Vernetzungsprojekte sind inhaltlich auf vorhandene nationale und kantonale Pläne und Konzepte abzustimmen. *

³ Das LANAT kann formale Vorgaben machen zur inhaltlichen Abstimmung der Vernetzungsprojekte auf vorhandene regionale und kommunale Pläne und Konzepte sowie zur Art der Datenerfassung, sofern dies für den effizienten Vollzug notwendig ist. *

⁴ Die Vernetzungsprojekte sind mittels Geodaten elektronisch zu dokumentieren. Das LANAT gibt das entsprechende Geodatenmodell vor und sorgt für die Erfassung und Nachführung der Geodaten in der vorgegebenen Qualität. *

Art. 15b * *3a. Aufgaben der Regionalen Koordinationsstelle (RKS)*

¹ Die RKS konsolidiert den Projektbericht nach Artikel 17 Absatz 1 sowie den Zwischen- und Schlussbericht gemäss den Vorgaben des LANAT.

² Sie überprüft nach Artikel 20 Absatz 4 jährlich die für Vernetzungsbeiträge neu angemeldeten Biodiversitätsförderflächen und –objekte gemäss den Vorgaben des LANAT.

³ Sie bestimmt die Beratungspersonen nach Artikel 17a gemäss den Vorgaben des LANAT.

⁴ Sie kann für die Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben jederzeit geeignete Fachpersonen beiziehen.

⁵ Die Leistungsvereinbarung zwischen der RKS und dem LANAT bezeichnet allfällig weitere Aufgaben der RKS.

Art. 15c * *3b. Organisation der RKS*

¹ Für jeden Projektperimeter besteht eine RKS. Diese besteht aus mindestens sechs Personen und wird unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen ausgewogen zusammengesetzt. Eine angemessene bäuerliche Vertretung, der Beizug von Natur- und Landschaftsschutzfachpersonen sowie weiterer Betroffener sind zu gewährleisten.

² Die RKS bezeichnet in Absprache mit dem LANAT eine für die Geschäftsführung zuständige Stelle. Diese Geschäftsstelle kann durch den regionalen Landwirtschaftsverein, die Regionalkonferenz, die Planungsregion oder durch den regionalen Naturpark geführt werden.

³ Das LANAT hat einen ständigen Sitz in der RKS. Dieser kann an eine geeignete Fachperson delegiert werden.

⁴ Das LANAT kann eine Begleitgruppe der RKS einberufen; auf Antrag von mindestens einem Drittel der RKS ist die Einberufung zwingend. Die Begleitgruppe besteht aus zwei Vertreterinnen und Vertretern pro RKS. Sie berät das LANAT beim Vollzug der Vernetzungsprojekte nach der DZV.

Art. 15d * 3c. Finanzierung der RKS

¹ Die Leistungsvereinbarung zwischen der RKS und dem LANAT bezeichnet deren jährliche Entschädigung durch das LANAT. Die Entschädigung setzt sich aus einem Grundbeitrag und einem variablen Beitrag zusammen. Der variable Beitrag richtet sich nach der Anzahl Landwirtschaftsbetriebe, die am Vernetzungs- oder Landschaftsqualitätsprojekt nach der DZV teilnehmen.

Art. 16 * 4. Weitergeltung von Richtplänen *

¹ Bestehende Richtpläne, die ausschliesslich Vernetzungsprojekte nach der DZV zum Gegenstand haben, werden am 1. Januar 2017 ausser Kraft gesetzt. *

²⁻³ ... *

Art. 17 * 5. Projektdauer und Überprüfung

¹ Das Projekt ist auf acht Kalenderjahre anzulegen; vor Ablauf dieser Frist überprüft das LANAT gestützt auf einen entsprechenden Bericht der RKS den Stand der Umsetzung und nimmt zusammen mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) eine Standortbestimmung vor. *

² Zeigt sich aufgrund der Standortbestimmung nach Absatz 1, dass die gestützt auf [Anhang 4 Buchstabe B Ziffer 2 DZV](#) definierten Umsetzungsziele nicht zu 80 Prozent erreichbar sind, ändert das LANAT das Vernetzungsprojekt auf Ende des achten Kalenderjahres ab oder hebt es auf. In begründeten Fällen kann gestützt auf [Anhang 4 Buchstabe B Ziffer 5 DZV](#) davon abgewichen werden. *

³ Wird das Vernetzungsprojekt nicht aufgehoben, besteht es während weiteren acht Kalenderjahren in seiner ursprünglichen oder abgeänderten Form weiter. Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäss. *

⁴ Jeweils vier Jahre nach dem Umsetzungsbeginn muss die RKS gestützt auf [Anhang 4 Buchstabe B Ziffer 4.3 DZV](#) einen Zwischenbericht zu Händen des LANAT erstellen. *

⁵ ... *

Art. 17a * *Beizug von Beratungspersonen* *

¹ Das LANAT kann für die Vernetzungsberatung gemäss [Anhang 4 Buchstabe B Ziffer 4.2 DZV](#) geeignete Beratungspersonen beiziehen, die über ein umfassendes Kompetenzprofil betreffend die Ziel- und Leitarten und deren Bedürfnisse sowie die agrarpolitischen Rahmenbedingungen verfügen. *

² Die Auswahl der Beratungspersonen erfolgt unter Einbezug der RKS. *

³ Das LANAT beaufsichtigt die Beratungspersonen; es empfiehlt allfällige Weiterbildungsmaßnahmen und bietet zusammen mit der landwirtschaftlichen Beratung einschlägige Weiterbildungskurse und Fachexkursionen an. *

Art. 18 * *Beitragshöhe*

¹ Für die Vernetzung kann der Kanton höchstens die Beiträge nach Anhang 7 Ziffer 3.2.1 DZV ausrichten; darin enthalten ist die Finanzhilfe des Bundes nach Artikel 61 Absatz 4 DZV.

² ... *

Art. 19 * *Verpflichtungsdauer und Bewirtschaftung*

¹ Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter sind verpflichtet, die Flächen oder Objekte mindestens bis zum Ablauf der Umsetzungsperiode des Vernetzungsprojekts nach dessen Vorgaben und den Bedingungen der DZV für Biodiversitätsförderflächen und -objekte zu bewirtschaften; Absatz 4 bleibt vorbehalten. *

² Nach Ablauf der Umsetzungsperiode des Vernetzungsprojekts können die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter neu entscheiden, ob die Fläche oder das Objekt für die nächste Umsetzungsperiode als Vernetzungselement weitergeführt werden soll. *

³ ... *

⁴ Wirkt sich eine Reduktion der Beitragsansätze oder eine wesentliche Änderung der durch das LANAT oder das BLW festgelegten Voraussetzungen und Bedingungen zum Nachteil der Bewirtschafterin oder des Bewirtschafters aus, so kann diese oder dieser die Änderungen übernehmen oder die betroffenen Flächen und Objekte abmelden und auf die Vernetzungsbeiträge verzichten. *

Art. 20 * Gesuch

¹ Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter haben dem LANAT zum Zeitpunkt der Stichtagserhebung des Jahres, für das der Vernetzungsbeitrag erstmals beantragt wird, im kantonalen Agrarinformationssystem ein elektronisches Beitragsgesuch einzureichen. *

²⁻³ ... *

⁴ Die RKS überprüft jährlich die für den Vernetzungsbeitrag neu angemeldeten Biodiversitätsförderflächen und -objekte und bestätigt dem LANAT, welche Flächen und Objekte Bestandteil des Vernetzungsprojekts sind. Die Überprüfung erfolgt durch eine Fachperson, die über ein umfassendes Kompetenzprofil betreffend die Ziel- und Leitarten und deren Bedürfnisse sowie die agrarpolitischen Rahmenbedingungen verfügt. *

⁵ Das LANAT genehmigt die eingereichten Gesuche. Gegenstand der Genehmigung sind insbesondere auch die schriftlich vereinbarten Abweichungen von den Nutzungsvorschriften nach [Artikel 62 Absatz 5 DZV](#)⁵⁾. *

4.2 Landschaftsqualitätsbeiträge ***Art. 20a ***

¹ Der Kanton kann im Rahmen von Projekten zur Erhaltung, Förderung und Weiterentwicklung vielfältiger Kulturlandschaften Landschaftsqualitätsbeiträge ausrichten.

² Die Landschaftsqualitätsbeiträge werden nur an Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter ausgerichtet, die Anspruch auf Direktzahlungen nach der DZV haben; Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Beitragsausrichtung richten sich im Übrigen nach den Artikeln 63 und 64 DZV.

³ Die Beiträge dürfen die Ansätze nach Anhang 7 Ziffer 4.1 DZV nicht übersteigen.

Art. 20b–20h * ...**4.3 Kontrolle und Beitragszahlung *****Art. 20i–20k * ...**

⁵⁾ SR 910.13

Art. 20l * *Kontrollen in den Betrieben*

¹ Das LANAT ist verantwortlich für die Durchführung der öffentlich-rechtlichen Kontrollen gemäss [Artikel 104 DZV](#)⁶⁾. *

² Es zieht für die Kontrollen gemäss Absatz 1 Kontrollorganisationen bei, die gemäss EN 45004 bzw. ISO/IEC 17020 akkreditiert sind. *

³ Es sorgt dafür, dass sich die Koordination der Kontrollen gemäss Absatz 1 sowie deren Häufigkeit nach der eidgenössischen Verordnung vom 23. Oktober 2013 über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL⁷⁾) richten. *

⁴ Erhält die RKS Kenntnis von der Nichteinhaltung kantonaler Bewirtschaftungsvorgaben, so meldet sie dies dem LANAT. *

⁵ ... *

Art. 20m * *Auszahlung*

¹ Das LANAT richtet die Beiträge im Rahmen des genehmigten Kredits aus. *

² Reicht der genehmigte Kredit nicht aus, so werden die Landschaftsqualitätsbeiträge mit Ausnahme der einmaligen Investitionsbeiträge linear gekürzt und die Vernetzungsbeiträge auf bereits im Vorjahr geförderte Flächen und Objekte beschränkt. *

³⁻⁴ ... *

Art. 20n * *Kürzung, Verweigerung, Rückforderung*

¹ Das LANAT kann die Beiträge kürzen, verweigern oder zurückfordern, wenn die Voraussetzungen von Artikel 105 DZV erfüllt sind. *

² Können die zeitlichen Bedingungen aufgrund eines Bewirtschafterwechsels nicht eingehalten werden, werden keine Beiträge zurückgefordert.

³ Wird das Vernetzungsprojekt (Art. 17 Abs. 2 und 3) oder das Landschaftsqualitätsprojekt aufgehoben, werden die Beiträge bis zum Zeitpunkt der Aufhebung ausbezahlt; Beiträge für bereits erbrachte Leistungen werden nicht zurückgefordert. *

⁴ Verzichten die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter bei Änderungen eines laufenden Projekts auf Vernetzungsbeiträge (Art. 19 Abs. 4) oder auf Landschaftsqualitätsbeiträge, werden Beiträge für bereits erbrachte Leistungen nicht zurückgefordert. *

⁶⁾ SR 910.13

⁷⁾ SR 910.15

5 ... *

5 Landwirtschaftlicher Pflanzenschutz

Art. 21 *Vollzugsorgane* *

¹ Zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen und der landwirtschaftlich genutzten Flächen vor Schadorganismen unterhält das LANAT eine Fachstelle Pflanzenschutz, welche die eidgenössische Pflanzenschutzgesetzgebung und im Bereich der Pflanzenschutzmittel die eidgenössische Chemikalien-, Landwirtschafts- und Umweltschutzgesetzgebung vollzieht. *

² Den Gemeinden obliegen gegen Abgeltung nach Artikel 26b folgende Massnahmen zur Bekämpfung des Feuerbrands: *

- a Information der Bevölkerung über Meldepflicht, Ansprechpersonen, Befallssituation, Massnahmen und Vorgehen zur Bekämpfung,
- b Annahme und Bearbeitung von Verdachtsmeldungen,
- c Entfernung und Vernichtung befallener Pflanzen oder Pflanzenteile,
- d Bezeichnung von Schutzobjekten und Abschluss von Bewirtschaftungsverträgen,
- e Gebietsüberwachung,
- f Berichterstattung und Abrechnung über die Abgeltungen nach Artikel 26b an die Fachstelle für Pflanzenschutz.

³ Das LANAT kann für einzelne Aufgaben weitere Personen und Organisationen heranziehen und diese abgelden. *

⁴ Zur Überwachung des Gesundheitszustands der Kulturpflanzen und der Gefährdungslage der landwirtschaftlich genutzten Flächen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LANAT und der Gemeinden befugt, Grundstücke jederzeit ohne Anmeldung zu betreten. *

Art. 22 *Meldepflicht*

¹ Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter, welche auf ihren oder angrenzenden Grundstücken besonders gefährliche Schadorganismen feststellen, die nach den Vorschriften des Bundes oder des Kantons meldepflichtig sind, haben unverzüglich die Fachstelle für Pflanzenschutz, die Fachstelle für Obst und Beeren oder das INFORAMA zu benachrichtigen. *

Art. 22a * *Schadorganismen***1. Begriff**

¹ Als Schadorganismen im Sinne dieser Verordnung gelten Arten, Stämme oder Biotypen von Pflanzen, Tieren oder Krankheitserregern, die landwirtschaftliche Kulturpflanzen bedrohen und schwierig zu bekämpfen sind.

² Landwirtschaftliche Kulturpflanzen gelten als bedroht, wenn eine starke Ausbreitung der Schadorganismen über grosse Distanzen hinweg wahrscheinlich ist und dabei

- a der Pflanzenbestand in erheblichem Umfang verdrängt würde oder
- b der befallene Pflanzenbestand eine Gefahr für Menschen oder Tiere darstellen würde.

Art. 22b * *2. Obligatorische Bekämpfungsmassnahmen*

¹ Die Fachstelle für Pflanzenschutz kann die Bekämpfung von bestimmten Schadorganismen auf Parzellen, von denen eine Bedrohung im Sinne von Artikel 22a ausgeht, obligatorisch erklären. *

² Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter von Parzellen, die vom Obligatorium nach Absatz 1 erfasst sind, müssen die entsprechenden Schadorganismen entfernen und vernichten; falls die Parzelle nicht bewirtschaftet wird, sind diese Massnahmen von den Eigentümerinnen und Eigentümern zu treffen. *

³ Die Fachstelle für Pflanzenschutz setzt dafür eine angemessene Frist.

⁴ Gelten für die betroffenen Parzellen Bewirtschaftungsregeln nach der Landwirtschaftsgesetzgebung, so sind diese einzuhalten.

Art. 23 * *3. Bekämpfung des Feuerbrands*

¹ Die Bekämpfung des Feuerbrands hat in erster Linie Schutzobjekte mit ihrer Umgebung im Umkreis von 500 Metern zum Gegenstand; Schutzobjekte sind insbesondere

- a Erwerbsobstanlagen des Kernobstbaus,
- b Baumschulen mit Feuerbrandwirtspflanzen,
- c besonders wertvolle Hochstammkernobstgärten.

² Im ganzen Kantonsgebiet sind der Anbau und das Anpflanzen besonders anfälliger Wirtspflanzen des Feuerbrands nach Anhang 1 verboten.⁸⁾

⁸⁾ Soweit nicht bereits die Verordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) vom 15. April 2002 über die verbotenen Pflanzen (SR 916.205.1) Anbau- und Anpflanzverbote enthält, gilt das Anbau- und Anpflanzverbot nach Artikel 23 Absatz 2 ab dem 1. Juni 2010.

- ³ Die Fachstelle für Pflanzenschutz kann zum Zweck der Prävention
- a* in Absprache mit der Kantonstierärztin oder dem Kantonstierarzt und den Imkervereinigungen zeitliche und örtliche Beschränkungen des Verstellens von Bienenvölkern verfügen,
 - b* eine vorbeugende Rodung des Cotoneasters Ehrh. (Stein-, Zwergmispel) verfügen.
- ⁴ Das LANAT kann nach Anhörung der kommunalen Verbände verwaltungsinterne Weisungen erlassen, insbesondere über
- a* die Ausscheidung von Schutzobjekten,
 - b* die Gebietsüberwachung,
 - c* die Berichterstattung,
 - d* das Gesuchs- und Abrechnungswesen.

Art. 24 *Kantonsbeiträge*

1. Als Voraussetzung von Bundesbeiträgen

¹ Werden Bundesbeiträge nur unter der Bedingung von Kantonsbeiträgen erbracht, so kann der Kanton die von der Bundesgesetzgebung verlangten Mindestleistungen gewähren.

Art. 25 *2. Beiträge an die Prävention, die Bekämpfung und die Ersatzpflanzungen* *

¹ An die Kosten der Prävention und Bekämpfung von Schadorganismen kann der Kanton Beiträge leisten, wenn *

- a* die Massnahme besonders hohe Aufwendungen verursacht;
- b* besonders kostspielige gemeinschaftliche Unternehmen zur Ausführung gelangen oder
- c* auf Veranlassung der Fachstelle für Pflanzenschutz biologische, biotechnische oder integrierte Pflanzenschutzmassnahmen durchgeführt werden.

² Die Fachstelle überwacht die Bekämpfungsaktionen.

³ Für Gegenstände, die infolge behördlich angeordneter Abwehrmassnahmen gegen Schadorganismen in ihrem Wert verringert oder vernichtet werden, kann der Eigentümerin oder dem Eigentümer eine Abfindung nach Billigkeit ausgerichtet werden. *

⁴ ... *

Art. 26 3. *Beitragsgesuche*

¹ Beitragsgesuche sind vor Durchführung der Massnahme bei der Fachstelle für Pflanzenschutz einzureichen.

² ... *

³ Das Gesuch um Abfindung nach Artikel 25 Absatz 3 ist sofort nach Feststellung des Schadens, spätestens aber innert Jahresfrist seit Durchführung der schädigenden Massnahme einzureichen und zu begründen.

Art. 26a * 4. *Auszahlung*

¹ Das LANAT richtet die Beiträge nach den Artikeln 24 und 25 im Rahmen des genehmigten Kredits aus.

² Reicht der genehmigte Kredit nicht aus, sind die mit Bundesbeiträgen geförderten Flächen und Gegenstände zu bevorzugen, soweit die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen eine Voraussetzung zur Auslösung von Bundesbeiträgen darstellt.

Art. 26b * *Abgeltung für Massnahmen der Gemeinden zur Bekämpfung des Feuerbrands*

¹ An die Kosten für die vollständige oder bodenebene Entfernung befallener Pflanzen, welche die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter in Absprache mit der Kontrollperson der Gemeinde selbst vornimmt, können folgende pauschalen Abgeltungen gewährt werden:

- a je nach Umfang 50 bis 300 Franken je Baum,
- b 40 Franken je Strauch,
- c 12.50 Franken je Quadratmeter für bodendeckende Pflanzen.

² Der Personalaufwand der Gemeinden für Kontrollen und Bekämpfungsmassnahmen wird je nach den Anforderungen an das eingesetzte Personal mit einem Pauschalansatz zwischen 25 und höchstens 50 Franken pro Stunde abgegolten; die Ansätze für die Vergütung von Spesen richten sich nach Artikel 6 Absatz 1 der eidgenössischen Verordnung vom 6. Dezember 1994 über Finanzhilfen an Vergütungen nach dem Landwirtschaftsgesetz (Landwirtschaftliche Vergütungsverordnung⁹⁾).

⁹⁾ SR 916.013

³ Der den Gemeinden und den von ihnen beauftragten Personen anfallende Maschinenaufwand wird nach Massgabe der jeweiligen Einsatzkosten abgegolten, die aufgrund des Anschaffungspreises, der Nutzungsdauer, der jährlichen Auslastung und der Betriebskosten der betroffenen Maschine zu berechnen sind; die von der Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon (ART) empfohlenen Ansätze gelten als Richtwerte.

5a. Schutz der Bienenzucht *

Art. 26c * *Schutzobjekte und -massnahmen*

¹ Belegstationen, die der Bienenzucht dienen, können auf Gesuch der Trägerorganisationen geschützt werden.

² Die Fachstelle Bienen kann als Schutzmassnahmen anordnen, dass

- a um A-Belegstationen die folgenden beiden Schutzzonen errichtet werden:
 - 1 Kernzone, in der nur Drohnenvölker der Belegstation zugelassen sind,
 - 2 weitere Zone, in der nur Drohnenvölker der von der Belegstation definierten Rassenlinien zugelassen sind;
- b um B-Belegstationen eine Schutzzone errichtet wird, in der nur Bienenvölker der gleichen Rasse wie diejenige der Belegstation zugelassen sind.

³ Die Fachstelle Bienen veröffentlicht Schutzmassnahmen im Amtsblatt und im jeweiligen Amtsanzeiger.

Art. 26d * *Verfahren*

1. Gesuche

¹ Gesuche nach Artikel 26c Absatz 1 sind auf dem amtlichen Formular bei der Fachstelle Bienen einzureichen.

² Für die Behandlung der Gesuche und den Vollzug der verfügten Massnahmen zieht die Fachstelle Bienen den kantonalen Veterinärdienst bei.

Art. 26e * *2. Fachkommission*

¹ Das LANAT kann für die materielle Vorprüfung der Gesuche eine Fachkommission ernennen.

² Die im Kanton tätigen Rassenzuchtorganisationen, die Dachorganisationen der Imkervereine beider Sprachregionen sowie die Organisation der Wanderrimkerei schlagen hierfür je eine Person vor.

³ Die Fachstelle Bienen führt das Sekretariat der Fachkommission.

Art. 26f * 3. Überwachung

¹ Zur Überwachung der angeordneten Schutzmassnahmen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LANAT befugt, Grundstücke und Bienenstände jederzeit zur Kontrolle und Probeentnahme zu betreten.

6 Bewirtschaftungsbeiträge**Art. 27 * Grundsatz**

¹ Der Kanton kann für Flächen nach Artikel 35 DZV mit mehr als 35 Prozent Hangneigung (Steillagen) in Ergänzung der Hangbeiträge des Bundes Bewirtschaftungsbeiträge ausrichten, wenn *

- a die Flächen in Schwerpunktregionen nach Artikel 29 Absatz 2 liegen und
- b es sich um Wiesen handelt, deren landwirtschaftliche Nutzung und Pflege gefährdet ist, und deswegen die Biodiversität und wertvolle traditionelle Kulturlandschaften verloren zu gehen drohen.

² Soweit das kantonale Recht keine abweichenden Bestimmungen enthält, gilt für die Ausrichtung der Bewirtschaftungsbeiträge die bundesrechtliche Regelung gemäss DZV.

Art. 28 * Beitragsberechtigte Personen

¹ Beitragsberechtigt sind Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter mit Wohnsitz im Kanton Bern, die Anspruch auf Direktzahlungen gemäss DZV haben.

Art. 29 Höhe der Bewirtschaftungsbeiträge *

¹ Die Bewirtschaftungsbeiträge betragen höchstens 260 Franken je Hektare und Jahr. *

² Das LANAT legt die Schwerpunktregionen (Art. 27 Abs. 1 Bst. a) sowie die entsprechenden Beitragssätze pro Hektare und Jahr fest. Die Schwerpunktregionen bestimmen sich nach der Sozialverträglichkeit des Strukturwandels aufgrund regionalwirtschaftlicher, demografischer und landwirtschaftlicher Kriterien. *

³ ... *

⁴ Bei übermässiger oder falscher Nutzung, welche zu Erosion oder Artenverarmung führt, kann das LANAT die Beiträge ganz oder teilweise verweigern. *

Art. 30 *Bestimmung der beitragsberechtigten Flächen und Sömmerungsbetriebe* *

¹ Das LANAT erstellt unter Mitwirkung des Amtes für Geoinformation Pläne 1: 5000 und nach Gemeinden geordnete Verzeichnisse über die landwirtschaftlich genutzten Hang- und Steillagen sowie über die beitragsberechtigten Sömmerungsbetriebe, Sömmerungsweiden und angrenzenden Gemeinschaftsweiden. *

² Es kann neben den Gemeinden auch Nachführungsgeometerinnen und -geometer und Private zur Mitarbeit beziehen.

³ Die öffentlich aufzulegenden Pläne sowie die Verzeichnisse sind nachzuführen.

⁴ Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter vermerken Änderungen in der Bewirtschaftungsart oder in der Nutzungsberechtigung jährlich im elektronischen Erhebungsformular für die Ausrichtung der Direktzahlungen gemäss DZV. *

Art. 31 * *Auszahlung*

¹ Das LANAT richtet die Beiträge im Rahmen des genehmigten Kredits aus.

Art. 32 * *Kontrolle der Bewirtschaftung*

¹ Das LANAT integriert die Kontrollen der Bewirtschaftung in die öffentlich-rechtlichen Kontrollen nach der Landwirtschaftsgesetzgebung des Bundes.

7 Elementarschäden

Art. 33

¹ An Schäden, die durch nicht vorhersehbare und nicht versicherbare Naturereignisse an im Kanton Bern gelegenen Grundstücken entstanden sind, kann ein Beitrag von 30 bis 50 Prozent des anrechenbaren Schadens geleistet werden.

² Kantonsbeiträge werden nur geleistet, wenn für den gleichen Schaden ein Beitrag des Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden erhältlich ist und soweit nicht schon 90 Prozent des anrechenbaren Schadens gedeckt sind.

³ Der anrechenbare Schaden und das Schätzungsverfahren bestimmen sich nach den Richtlinien dieses Fonds.

⁴ Das LANAT oder die übergeordnete finanzkompetente Behörde entscheidet über die Beitragsgesuche aufgrund der von den Gemeinden innert drei Monaten nach Schadeneintritt oder Feststellung der Schäden eingereichten Schadenanzeigen. *

8 Datenzugriff und Rechtspflege

Art. 34 * *Datenzugriff*

¹ Das LANAT ist berechtigt, zur Erhebung und Kontrolle der Daten, die für die Ausrichtung der Beiträge nach dieser Verordnung erforderlich sind, mit einem Abrufverfahren auf folgende Daten des Amtes für Geoinformation und der Kantonalen Steuerverwaltung zuzugreifen:

- a* die Daten der amtlichen Vermessung und
- b* das steuerbare Einkommen und das steuerbare Vermögen der einzelnen Beitragsempfängerinnen und Beitragsempfänger.

² Es stellt sicher, dass die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter mit den für die Geltendmachung der Direktzahlungen zugewiesenen Zugangsdaten Zugriff auf die von ihnen hinterlegten Betriebsdaten und die Daten der ihnen eröffneten Verfügungen haben.

³ Es kann für die eigenen Abteilungen sowie für folgende Stellen ein Abrufverfahren einrichten, soweit für den Vollzug dieser Verordnung übertragene oder tierseuchenpolizeiliche, boden- und umweltrechtliche Aufgaben sowie die landwirtschaftliche Beratung den Zugriff auf die Daten der Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter erfordern: *

- a* das Amt für Gemeinden und Raumordnung,
- b* das Amt für Wasser und Abfall,
- c* die Bienenkommissarinnen und -kommissare,
- d* die Erhebungsstellen der Gemeinden,
- e* die Fondation Rurale Interjurassienne,
- f* * die RKS,
- g* die Kontrollorganisationen,
- h* die Regierungsstatthalterämter,
- i* * die Rechtsabteilung der Volkswirtschaftsdirektion,
- k* * die vom LANAT beigezogenen Beratungspersonen für Vernetzungs- und Landschaftsqualitätsprojekte.

⁴ Es führt eine Liste mit den individuell festgelegten Zugriffsberechtigungen sämtlicher interner und externer Personen.

⁵ Die Steuerverwaltung und das LANAT beschränken den Zugriff im Abrufverfahren so, dass den abrufenden Stellen sachlich höchstens diejenigen Daten zur Verfügung stehen, die sie zu ihrer Aufgabenerfüllung benötigen. *

Art. 35 *Rechtspflege*

¹ Gegen Beitragsverfügungen nach den Artikeln 20m und 31 kann bei der verfügenden Stelle Einsprache erhoben werden. *

² Gegen andere Verfügungen und Einspracheverfügungen kann Beschwerde bei der Volkswirtschaftsdirektion geführt werden. *

³ Entscheide der Volkswirtschaftsdirektion, die Bundesbeiträge betreffen, unterliegen der Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht. *

⁴ Für das kantonale Beschwerdeverfahren gelten im übrigen die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege¹⁰⁾.

9 Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 36–39 * ...

Art. 40 *Änderung eines Erlasses*

¹ Die Bodenschutzverordnung vom 4. Juli 1990 wird wie folgt geändert:¹¹⁾

Art. 41 *Aufhebung von Erlassen*

¹ Folgende Erlasse werden aufgehoben:

1. Verordnung vom 13. April 1983 über die ordentlichen Beiträge aus dem Naturschadenfonds,
2. Verordnung vom 13. Oktober 1982 über Bewirtschaftungsbeiträge,
3. Verordnung vom 12. Juli 1972 über den Schutz der landwirtschaftlichen Kulturen vor gemeingefährlichen, schädigenden pflanzlichen und tierischen Lebewesen,
4. Reglement vom 27. Dezember 1983 über die Spritzenführerprüfung.

Art. 42 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt mit Ausnahme von Artikel 28 Buchstabe b auf den 1. Januar 1998 in Kraft.

² Artikel 28 Buchstabe b tritt auf den 1. Januar 2002 in Kraft.

¹⁰⁾ BSG 155.21

¹¹⁾ Aufgehoben durch Änderung vom 29. 10. 2008 der V über die Organisation und die Aufgaben der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, BSG 152.221.191, BAG 08–125

T1 Übergangsbestimmung der Änderung vom 27.01.1999 ***Art. T1-1 ***

¹ Gesuche um die Ausrichtung von kantonalen Umstellungsbeiträgen werden nach den bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Bestimmungen beurteilt, sofern sie vor dem 1. April 1999 eingereicht worden sind und die Anerkennung des betroffenen Gewerbes als Kontrollbetrieb ebenfalls vor diesem Datum erfolgt ist.

T2 ... ***Art. T2-1 * ...****T3 ... *****Art. T3-1 * ...****T4 ... *****Art. T4-1 * ...****T5 Übergangsbestimmung der Änderung vom 12.03.2008 *****Art. T5-1 ***

¹ Soweit nicht bereits die Verordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) vom 15. April 2002 über die verbotenen Pflanzen ¹²⁾ Anbau- und Anpflanzverbote enthält, gilt das Anbau- und Anpflanzverbot nach Artikel 23 Absatz 2 ab dem 1. Juni 2010.

T6 Übergangsbestimmung der Änderung vom 14.12.2016 ***Art. T6-1 ***

¹ Vor der Stichtagserhebung 2017 angemeldete Flächen, die bezüglich Lage oder Grösse den Anforderungen der damaligen Vernetzungsprojekte entsprechen, aber den Anforderungen des neuen kantonalen Vernetzungsprojekts nicht mehr genügen, können bis am 31. Dezember 2020 ohne Rückzahlungspflicht an einen anderen Ort verlegt oder abgemeldet werden, sofern die Bestätigung einer Beratungsperson nach Artikel 17a Absatz 1 vorliegt.

¹²⁾ SR 916.205.1

A1 Anhang 1: zu Artikel 23 *

Art. A1-1 * *Besonders anfällige Wirtspflanzen des Feuerbrands (Erwinia amylovora)*

1

- a Chaenomeles Lindl. (Feuerbusch, Scheinquitte, Japanische Quitte)
- b Cotoneaster Ehrh. (Stein-, Zwergmispel)
- c Crataegus L. (Weissdorn)
- d Eriobotrya Lindl. (Wollmispel)
- e Photinia davidiana und Photinia nussia (Stranvaesia)
- f Pyracantha Roem. (Feuerdorn)
- g Zierformen der Gattungen Cydonia Mill. (Quitte) und Pyrus L. (Birne)

Bern, 5. November 1997

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: Zölch
Der Staatsschreiber: Nuspliger

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
05.11.1997	01.01.1998	Erlass	Erstfassung	97-111
27.01.1999	01.01.1999	Titel T1	eingefügt	99-18
27.01.1999	01.01.1999	Art. T1-1	eingefügt	99-18
02.02.2000	01.01.2000	Art. 4	geändert	00-22
28.06.2000	01.01.2000	Art. 29 Abs. 3	aufgehoben	00-55
28.06.2000	01.01.2000	Art. 29 Abs. 4	geändert	00-55
12.09.2001	01.12.2001	Art. 25 Abs. 1	geändert	01-69
12.09.2001	01.12.2001	Art. 25 Abs. 3	geändert	01-69
12.09.2001	01.05.2001	Titel T2	eingefügt	01-69
12.09.2001	01.05.2001	Art. T2-1	eingefügt	01-69
03.09.2003	01.10.2003	Art. 13	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 14	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 15	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 15a	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 16	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 17	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 19	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 20	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 20g	aufgehoben	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 20m	geändert	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 20n	eingefügt	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 22b	eingefügt	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. 39	aufgehoben	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Titel T3	eingefügt	03-84
03.09.2003	01.10.2003	Art. T3-1	eingefügt	03-84
22.10.2003	01.01.2004	Art. 21 Abs. 3	geändert	03-97
22.10.2003	01.01.2004	Art. 33 Abs. 4	geändert	03-97
22.10.2003	01.01.2004	Art. T3-1 Abs. 1	geändert	03-97
22.10.2003	01.01.2004	Art. T3-1 Abs. 4	geändert	03-97
26.01.2005	01.04.2005	Art. 30 Abs. 1	geändert	05-11
18.10.2006	01.01.2007	Art. 2b	eingefügt	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Titel 3	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 3	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 4	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 5	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 6	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 7	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 8	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 9	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 10	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 11	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 15a Abs. 3	geändert	06-109

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
18.10.2006	01.01.2007	Art. 16 Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 17 Abs. 5	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 19 Abs. 3	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 20 Abs. 3, d	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 20 Abs. 4	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 20k	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 20l	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 20m Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 20n Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 20n Abs. 5	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 21 Abs. 3	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 22 Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 22a	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 22b Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 22b Abs. 2	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 26 Abs. 2	aufgehoben	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 26a	eingefügt	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 27	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 28	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 29	Titel geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 29 Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 29 Abs. 2	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 29 Abs. 4	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 30	Titel geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 30 Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 31	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 32	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 34 Abs. 5	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 35 Abs. 1	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 35 Abs. 2	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. 35 Abs. 3	geändert	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Titel T4	eingefügt	06-109
18.10.2006	01.01.2007	Art. T4-1	eingefügt	06-109
12.03.2008	01.06.2008	Art. 13 Abs. 1, c	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 13 Abs. 1, d	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 14 Abs. 2	geändert	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 14 Abs. 3	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 14 Abs. 4	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 15 Abs. 3	geändert	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 16 Abs. 1	geändert	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 21	Titel geändert	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 21 Abs. 2	geändert	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 21 Abs. 4	geändert	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 23	geändert	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 25	Titel geändert	08-39

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
12.03.2008	31.12.2013	Art. 25 Abs. 4	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 26b	eingefügt	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 36	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 37	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. 38	aufgehoben	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Titel T5	eingefügt	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. T5-1	eingefügt	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Titel A1	eingefügt	08-39
12.03.2008	01.06.2008	Art. A1-1	eingefügt	08-39
10.12.2008	01.03.2009	Art. 2a	geändert	09-6
10.12.2008	01.03.2009	Art. 2b Abs. 1	geändert	09-6
10.12.2008	01.03.2009	Art. 2b Abs. 2	geändert	09-6
10.12.2008	01.03.2009	Art. 2b Abs. 3	geändert	09-6
29.06.2011	01.08.2011	Art. 15a Abs. 3	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 16 Abs. 1	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 16 Abs. 2	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 17 Abs. 1	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 17 Abs. 5	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 17a	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 20 Abs. 5	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Titel 4.3	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 20i	aufgehoben	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 20l Abs. 4	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 30 Abs. 4	geändert	11-64
29.06.2011	01.08.2011	Art. 34	geändert	11-64
30.04.2014	01.01.2014	Titel 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2a	Titel geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2a Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2a Abs. 4	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Titel 4	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Titel 4.1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 12	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 13 Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 14 Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 14 Abs. 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 17 Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 17 Abs. 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 17 Abs. 3	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 17 Abs. 5	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 17a Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 17a Abs. 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 18	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 19 Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 19 Abs. 2	geändert	14-47

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20 Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20 Abs. 5	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Titel 4.2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20a	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20b	aufgehoben	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20c	aufgehoben	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20d	aufgehoben	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20e	aufgehoben	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20f	aufgehoben	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20h	aufgehoben	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20l Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20l Abs. 3	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20l Abs. 5	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20m Abs. 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20m Abs. 4	aufgehoben	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20n Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20n Abs. 3	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 20n Abs. 4	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 21 Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 27 Abs. 1	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 34 Abs. 3	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 34 Abs. 3, f	geändert	14-47
14.12.2016	01.01.2017	Ingress	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 12 Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 12 Abs. 2	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 1, f	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 14 Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 14 Abs. 2	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15	Titel geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 1	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 2	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 3	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15a Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15a Abs. 2	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15a Abs. 3	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15a Abs. 4	eingefügt	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15b	eingefügt	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15c	eingefügt	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 15d	eingefügt	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 16	Titel geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 16 Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 16 Abs. 2	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 16 Abs. 3	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17 Abs. 1	geändert	17-001

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17 Abs. 2	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17 Abs. 4	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17 Abs. 5	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17a	Titel geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17a Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17a Abs. 2	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 17a Abs. 3	eingefügt	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 18 Abs. 2	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 2	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 3	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 4	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 2	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 3	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 4	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 5	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20l Abs. 1	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20l Abs. 2	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20l Abs. 4	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20l Abs. 5	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20m Abs. 3	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 20n Abs. 5	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 34 Abs. 3, f	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 34 Abs. 3, i	geändert	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. 34 Abs. 3, k	eingefügt	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Titel T2	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. T2-1	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Titel T3	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. T3-1	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Titel T4	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. T4-1	aufgehoben	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Titel T6	eingefügt	17-001
14.12.2016	01.01.2017	Art. T6-1	eingefügt	17-001
14.11.2018	01.01.2019	Titel 5a.	eingefügt	18-079
14.11.2018	01.01.2019	Art. 26c	eingefügt	18-079
14.11.2018	01.01.2019	Art. 26d	eingefügt	18-079
14.11.2018	01.01.2019	Art. 26e	eingefügt	18-079
14.11.2018	01.01.2019	Art. 26f	eingefügt	18-079

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erllass	05.11.1997	01.01.1998	Erstfassung	97-111
Ingress	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Titel 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2a	10.12.2008	01.03.2009	geändert	09-6
Art. 2a	30.04.2014	01.01.2014	Titel geändert	14-47
Art. 2a Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2a Abs. 4	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2b	18.10.2006	01.01.2007	eingefügt	06-109
Art. 2b Abs. 1	10.12.2008	01.03.2009	geändert	09-6
Art. 2b Abs. 2	10.12.2008	01.03.2009	geändert	09-6
Art. 2b Abs. 3	10.12.2008	01.03.2009	geändert	09-6
Titel 3	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 3	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 4	02.02.2000	01.01.2000	geändert	00-22
Art. 4	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 5	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 6	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 7	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 8	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 9	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 10	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 11	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Titel 4	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Titel 4.1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 12	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 12 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 12 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 13	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 13 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 13 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 13 Abs. 1, c	12.03.2008	01.06.2008	aufgehoben	08-39
Art. 13 Abs. 1, d	12.03.2008	01.06.2008	aufgehoben	08-39
Art. 13 Abs. 1, f	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 14	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 14 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 14 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 14 Abs. 2	12.03.2008	01.06.2008	geändert	08-39
Art. 14 Abs. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 14 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 14 Abs. 3	12.03.2008	01.06.2008	aufgehoben	08-39
Art. 14 Abs. 4	12.03.2008	01.06.2008	aufgehoben	08-39

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 15	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 15	14.12.2016	01.01.2017	Titel geändert	17-001
Art. 15 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 15 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 15 Abs. 3	12.03.2008	01.06.2008	geändert	08-39
Art. 15 Abs. 3	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 15a	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 15a Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 15a Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 15a Abs. 3	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 15a Abs. 3	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 15a Abs. 3	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 15a Abs. 4	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Art. 15b	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Art. 15c	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Art. 15d	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Art. 16	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 16	14.12.2016	01.01.2017	Titel geändert	17-001
Art. 16 Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 16 Abs. 1	12.03.2008	01.06.2008	geändert	08-39
Art. 16 Abs. 1	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 16 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 16 Abs. 2	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 16 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 16 Abs. 3	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 17	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 17 Abs. 1	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 17 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 17 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 17 Abs. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 17 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 17 Abs. 3	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 17 Abs. 4	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 17 Abs. 5	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 17 Abs. 5	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 17 Abs. 5	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 17 Abs. 5	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 17a	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 17a	14.12.2016	01.01.2017	Titel geändert	17-001
Art. 17a Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 17a Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 17a Abs. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 17a Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 17a Abs. 3	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Art. 18	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 18 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 19	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 19 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 19 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 19 Abs. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 19 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 19 Abs. 3	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 19 Abs. 3	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 19 Abs. 4	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 20	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 20 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20 Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 20 Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 20 Abs. 3	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 20 Abs. 3, d	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 20 Abs. 4	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 20 Abs. 4	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 20 Abs. 5	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 20 Abs. 5	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20 Abs. 5	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Titel 4.2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20a	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20b	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Art. 20c	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Art. 20d	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Art. 20e	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Art. 20f	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Art. 20g	03.09.2003	01.10.2003	aufgehoben	03-84
Art. 20h	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Titel 4.3	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 20i	29.06.2011	01.08.2011	aufgehoben	11-64
Art. 20k	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 20l	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 20l Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20l Abs. 1	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 20l Abs. 2	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 20l Abs. 3	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20l Abs. 4	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 20l Abs. 4	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 20l Abs. 5	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20l Abs. 5	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 20m	03.09.2003	01.10.2003	geändert	03-84
Art. 20m Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 20m Abs. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20m Abs. 3	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 20m Abs. 4	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Art. 20n	03.09.2003	01.10.2003	eingefügt	03-84
Art. 20n Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 20n Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20n Abs. 3	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20n Abs. 4	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 20n Abs. 5	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 20n Abs. 5	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. 21	12.03.2008	01.06.2008	Titel geändert	08-39
Art. 21 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 21 Abs. 2	12.03.2008	01.06.2008	geändert	08-39
Art. 21 Abs. 3	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 21 Abs. 3	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 21 Abs. 4	12.03.2008	01.06.2008	geändert	08-39
Art. 22 Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 22a	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 22b	03.09.2003	01.10.2003	eingefügt	03-84
Art. 22b Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 22b Abs. 2	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 23	12.03.2008	01.06.2008	geändert	08-39
Art. 25	12.03.2008	01.06.2008	Titel geändert	08-39
Art. 25 Abs. 1	12.09.2001	01.12.2001	geändert	01-69
Art. 25 Abs. 3	12.09.2001	01.12.2001	geändert	01-69
Art. 25 Abs. 4	12.03.2008	31.12.2013	aufgehoben	08-39
Art. 26 Abs. 2	18.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-109
Art. 26a	18.10.2006	01.01.2007	eingefügt	06-109
Art. 26b	12.03.2008	01.06.2008	eingefügt	08-39
Titel 5a.	14.11.2018	01.01.2019	eingefügt	18-079
Art. 26c	14.11.2018	01.01.2019	eingefügt	18-079
Art. 26d	14.11.2018	01.01.2019	eingefügt	18-079
Art. 26e	14.11.2018	01.01.2019	eingefügt	18-079
Art. 26f	14.11.2018	01.01.2019	eingefügt	18-079
Art. 27	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 27 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 28	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 29	18.10.2006	01.01.2007	Titel geändert	06-109
Art. 29 Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 29 Abs. 2	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 29 Abs. 3	28.06.2000	01.01.2000	aufgehoben	00-55
Art. 29 Abs. 4	28.06.2000	01.01.2000	geändert	00-55
Art. 29 Abs. 4	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 30	18.10.2006	01.01.2007	Titel geändert	06-109
Art. 30 Abs. 1	26.01.2005	01.04.2005	geändert	05-11
Art. 30 Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 30 Abs. 4	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 31	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 32	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 33 Abs. 4	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 34	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-64
Art. 34 Abs. 3	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 34 Abs. 3, f	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 34 Abs. 3, f	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 34 Abs. 3, i	14.12.2016	01.01.2017	geändert	17-001
Art. 34 Abs. 3, k	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Art. 34 Abs. 5	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 35 Abs. 1	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 35 Abs. 2	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 35 Abs. 3	18.10.2006	01.01.2007	geändert	06-109
Art. 36	12.03.2008	01.06.2008	aufgehoben	08-39
Art. 37	12.03.2008	01.06.2008	aufgehoben	08-39
Art. 38	12.03.2008	01.06.2008	aufgehoben	08-39
Art. 39	03.09.2003	01.10.2003	aufgehoben	03-84
Titel T1	27.01.1999	01.01.1999	eingefügt	99-18
Art. T1-1	27.01.1999	01.01.1999	eingefügt	99-18
Titel T2	12.09.2001	01.05.2001	eingefügt	01-69
Titel T2	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. T2-1	12.09.2001	01.05.2001	eingefügt	01-69
Art. T2-1	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Titel T3	03.09.2003	01.10.2003	eingefügt	03-84
Titel T3	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. T3-1	03.09.2003	01.10.2003	eingefügt	03-84
Art. T3-1	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. T3-1 Abs. 1	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. T3-1 Abs. 4	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Titel T4	18.10.2006	01.01.2007	eingefügt	06-109
Titel T4	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Art. T4-1	18.10.2006	01.01.2007	eingefügt	06-109
Art. T4-1	14.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	17-001
Titel T5	12.03.2008	01.06.2008	eingefügt	08-39
Art. T5-1	12.03.2008	01.06.2008	eingefügt	08-39
Titel T6	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Art. T6-1	14.12.2016	01.01.2017	eingefügt	17-001
Titel A1	12.03.2008	01.06.2008	eingefügt	08-39
Art. A1-1	12.03.2008	01.06.2008	eingefügt	08-39